



Niederschrift

über die 2. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 26.11.2014

Sitzungsort: kleiner Ratssaal, Markt 1, 53757 Sankt Augustin

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzender

Schumacher, Klaus Bürgermeister

CDU-Fraktion

Büsse, Ernst-Joachim Dr.	Ratsmitglied
Grzeszkowiak, Axel	Ratsmitglied
Lienesch, Sascha	Ratsmitglied
Müller, Bernhard	Ratsmitglied
Schell, Georg	Ratsmitglied
Gosemann, Andreas	Ratsmitglied vertretend
Quadt, Wilfried	Ratsmitglied vertretend

SPD-Fraktion

Knülle, Marc	Ratsmitglied
Schmitz-Porten, Gerhard	Ratsmitglied
Bergmann-Gries, Jutta	Ratsmitglied
Waldästel, Denis	Ratsmitglied
Bäsch, Sandra	Ratsmitglied

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Metz, Martin	Ratsmitglied
Schulenburg, Monika	Ratsmitglied

FDP-Fraktion

Kammel, Jürgen	Ratsmitglied
----------------	--------------

Fraktion AUFBRUCH!

Köhler, Wolfgang	Ratsmitglied
------------------	--------------

DIE LINKE. Fraktion

Koculan, Krishna	Ratsmitglied
------------------	--------------

Protokollführer

Holland, Günther

Es fehlten entschuldigt:

CDU-Fraktion

Feld-Wielpütz, Claudia	Ratsmitglied
Willenberg, Frank	Ratsmitglied

Vertreter der Verwaltung:

Herr Lübken	Dez. III
Herr Gleß	Dez. IV
Frau Krumm	FB 0
Herr Steinkamp	FB 1
Herr Rupp	FB 2
Herr Ehlert	FB 3
Herr Parpart	FB 4
Herr Walterscheid	FD 4/20
Frau Clauss	FB 5
Herr Knipp	FD 6/10
Herr Hupp	FB 7 (ZABA)
Herr Weiser	FB 9
Frau Stocksiefen	BRB
Herr van Grinsven	IuK
Frau Gläb	RD
Herr Fey	RPA
Herr Neß	SD
Herr Otto	ZV

Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand
-----	--------	---------------------

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 17.09.2014
3. Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 17.09.2014 gefassten Beschlüsse
4. Beschlussfassung über die Eingaben, die in der Sitzung des Unterausschusses für Bürgerangelegenheiten am 26.11.2014 behandelt wurden
- 4.1. 14/0369 Anregung gemäß § 24 GO NRW; Befassung des Rates mit den Freihandelsabkommen TTIP, TiSA und CETA wegen Gefährdung wesentlicher Elemente kommunaler Selbstverwaltung
5. 14/0321 Eilbeschluss gem. § 60 Abs. 1 GO NRW, Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen für die Beiträge an die Rheinische Versorgungskasse für Versorgungsempfänger
- 5.1. 14/0414 Eilbeschluss gem. § 60 Abs. 1 GO NRW, Zustimmung zur Bereitstellung weiterer überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen im Bereich der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Produkt 05-01-04
6. 14/0320 Änderung des Stellenplanes
7. Anträge der Fraktionen
- 7.1.1. 14/0366 Einrichtung von WLAN-Hotspots in den Stadtteilen Sankt Augustins
Fraktion Aufbruch

- 7.1.2. 14/0367 Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Sankt Augustin
Fraktion Aufbruch!
- 7.1.3. 14/0355 Nachnutzung der Medienzentrale als Medienstandort
CDU-Fraktion
- 8. Anfragen und Mitteilungen
- 8.1. Anfragen
- 8.1.1. 14/0274 Entwicklung der Insolvenzen in Sankt Augustin
SPD-Fraktion
- 8.1.2. 14/0316 Entwicklung der Rückstellung im Bereich Urlaubs- und Arbeitszeitguthaben
SPD-Fraktion
- 8.2. Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung vom 17.09.2014
3. Bericht über den Stand der Ausführung der in der nicht öffentlichen Sitzung am 17.09.2014 gefassten Beschlüsse
4. 14/0323 Zentrale Abwasserbehandlungsanlage Sankt Augustin; Auftragsvergabe Klärschlammverwertung für die Jahre 2015 und 2016
5. 14/0324 Zentrale Abwasserbehandlungsanlage Sankt Augustin; Auftragsvergabe Ersatzbeschaffung Hochdruckspül- und Saugfahrzeug für die Kanalreinigung
6. 14/0342 Vergabe von Versicherungsleistungen
7. 14/0358 Erbauseinandersetzung in der Gemarkung Hangelar
8. 14/0387 Beschaffung von Bibliotheksmöbeln; Auftragsvergabe
9. Anträge der Fraktionen
10. Anfragen und Mitteilungen
 - 10.1. Anfragen
 - 10.2. Mitteilungen

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
-----	--------	---------------------	--------------

Öffentlicher Teil:

1		Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung	
---	--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

Der Bürgermeister stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest.

Der Bürgermeister teilte mit, dass zusätzlich unter TOP 5.1 die als Tischvorlage verteilte Sitzungsvorlage **DS-Nr. 14/0414, Eilbeschluss gem. § 60 Abs. 1 GO NRW, Zustimmung zur Bereitstellung weiterer überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Bereich der Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz, Produkt 05-01-04** behandelt wird. Hierüber herrschte Einvernehmen im Ausschuss.

2		Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 17.09.2014	
---	--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

Der Ausschuss nahm die Niederschrift zur Kenntnis. Einwendungen wurden nicht erhoben.

3		Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 17.09.2014 gefassten Beschlüsse	
---	--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

4		Beschlussfassung über die Eingaben, die in der Sitzung des Unterausschusses für Bürgerangelegenheiten am 26.11.2014 behandelt wurden	
---	--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

4.1	14/0369	Anregung gemäß § 24 GO NRW; Befassung des Rates mit den Freihandelsabkommen TTIP, TiSA und CETA wegen Gefährdung wesentlicher Elemente kommunaler Selbstverwaltung	BRB
-----	---------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------

Zunächst verwies der Bürgermeister auf die Beratung im Unterausschuss für Bürgerangelegenheiten. Hier wurde ein Appel gefasst, dem mehrheitlich zugestimmt wurde.

Herr Köhler vertrat die Auffassung, dass dieser Appel im Rat gefasst werden sollte, um ihm so mehr Gewicht zu geben. Herr Knülle sprach sich für die Verabschiedung dieses Appels hier im Haupt- und Finanzausschuss aus, zumal im Rat ein zusätzlicher Antrag dies bezüglich auf der Tagesordnung stehen würde.

Auch Herr Schell sprach sich ebenfalls für die Verabschiedung hier im Haupt- und Finanzausschuss aus.

Herr Kammel vertrat die Auffassung, dass dieser Appel überflüssig sei, zumal aus seiner Sicht die Kommunen nicht so stark betroffen seien wie dies hier dargestellt worden ist. Seine Fraktion werde sich daher der Stimme enthalten.

Herr Koculan sprach sich für eine Verabschiedung dieses Appels im Rat aus.

Der Bürgermeister wies nochmals daraufhin, dass dieser Appel gleichlautend mit dem Beschluss des Kreistages vom 30.10.2014 sei.

Herr Metz schloss sich in seinen Ausführungen ebenfalls diesem Appel und der Verabschiedung hier im Haupt- und Finanzausschuss an.

Dann fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Sankt Augustin appelliert an:

- die Kommission der Europäischen Union
- das Parlament der Europäischen Union
- die Bundesregierung
- den Deutschen Bundestag
- die Landesregierung NRW,

sich im Zuge der Verhandlungen um das Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und des internationalen Dienstleistungsabkommens "Trade in Services Agreement" (TISA), sowie auch beim bereits verhandelten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik einzusetzen.

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Sankt Augustin stellt fest, dass die geplanten Abkommen nach derzeitigem Kenntnisstand auch die kommunale Daseinsvorsorge tangieren sollen.

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Sankt Augustin fordert, dass

1. die Verhandlungen mit größtmöglicher Transparenz und Öffentlichkeit zu führen sind und
2. die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge und

der kommunalen Infrastruktur auf keine Weise - auch nicht durch die Verwendung sogenannter Negativlisten - eingeschränkt werden soll,

3. Spielräume für eine Auftragsvergabe nach sozialen, ökologischen oder regionalen Kriterien im Vergleich zum nationalen oder EU-Recht nicht eingeeignet werden dürfen,

4. es keine Beschränkungen der Förderung von Sport, Kunst, Kultur und sozialem Engagement durch den Stadtrat geben darf, und schließlich

muss sichergestellt sein, dass Rechtsakte des Stadtrates nicht Gegenstand von Verfahren vor nicht staatlichen Schiedsgerichten werden können.

16 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung (FDP)

5	14/0321	Eilbeschluss gem. § 60 Abs. 1 GO NRW, Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen für die Beiträge an die Rheinische Versorgungskasse für Versorgungsempfänger	FB 0 Bericht bis 15.01.2015
----------	----------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------

Ohne Aussprache fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt im Wege der Dringlichkeit gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) der Leistung eines überplanmäßigen Aufwands und einer überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 161.750 € bei dem Kostenträger 01-06-01 Personalplanung, -einsatz, -service, auf dem Sachkonto 512100 - Beiträge Versorgungskasse für Versorgungsempfänger - , Kostenstelle 999-04 – Versorgungsempfänger – gem. § 83 Abs. 2 GO NRW zu.
2. Die Mehraufwendungen und Mehrausgaben sind gedeckt durch Minderaufwand und Minderauszahlungen bei dem Budget der Personalaufwendungen (BE-PA01).

einstimmig

5.1	14/0414	Eilbeschluss gem. § 60 Abs. 1 GO NRW, Zustimmung zur Bereitstellung weiterer überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen im Bereich der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Produkt 05-01-04	FB 4 Bericht bis 15.01.2015
------------	----------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------

Ohne Aussprache fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt im Wege der Dringlichkeit gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) der Leistung eines überplanmäßigen Aufwands und einer überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von weiteren 10.000, -- € (zu den bereits bewilligten 260.000,-- €) im Bereich der Grundleistungen nach § 3 AsylbLG, Produkt 05-01-04, Sachkonten 533921 und 533926, zu.
2. Die Mehraufwendungen und Mehrausgaben sind gedeckt durch Minderaufwendungen und Minderauszahlungen beim Kostenträger 16-01-02 (sonstige allgemeine Finanzwirtschaft), Sachkonto 551600 (Zinsaufwendungen).

einstimmig

6	14/0320	Änderung des Stellenplanes	FB 0 Bericht bis 15.01.2015
----------	----------------	-----------------------------------	--------------------------------------------

Der Bürgermeister teilte mit, dass es auf der der Seite 2 der Vorlage unter 4. Absenken einer Stelle heißen muss: A 13 h.D. Dies gilt auch für die Seite 7 der Vorlage bei der Begründung zu dieser Absenkung.

Dann fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin, den Stellenplan 2014/2015 wie folgt zu ändern:

1. Einrichtung von 1,5 Stellen

Fachbereich Kinder, Jugend und Schule; 3.05.10.2 Fachdienst Soziale Dienste/Jugendberufshilfe

Arbeitsplatznummer	Bezeichnung	Stellenplanausweisung	Produkt
05.10.2/1	Fachdienstleiter/in	S 18	06-03-02 06-02-03 06-03-03

Fachbereich Kinder, Jugend und Schule; 3.05.20 Fachdienst Verwaltung der Jugendhilfe und Jugendarbeit

Arbeitsplatznummer	Bezeichnung	Stellenplanausweisung	Produkt
05.20/10	pädagogische Fachkraft	S 8 (19,5 Stunden)	06-02-02

2. Einrichtung von 5 Stellen zum 01.01.2015 (finanziert durch Landesmittel)

Fachbereich Kinder, Jugend und Schule; 3.05.40 Kindertagesbetreuung

Arbeitsplatz-nummer	Bezeichnung	Stellenplanausweisung	Produkt
05.41/15	plusKITA-Fachkraft	S 8 (19,5 Stunden)	06-01-01
05.42/8	Hauswirtschaftliche Kraft	EG 1 (8 Stunden)	06-01-01
05.43/19	Hauswirtschaftliche Kraft	EG 1 (15 Stunden)	06-01-01
05.45/6	Hauswirtschaftliche Kraft	EG 1 (8 Stunden)	06-01-01
05.47/18	Hauswirtschaftliche Kraft	EG 1 (10 Stunden)	06-01-01

3. Einrichtung von 3 Stellen zum 01.08.2015

Fachbereich Kinder, Jugend und Schule; 3.05.40 Kindertagesbetreuung

Arbeitsplatz-nummer	Bezeichnung	Stellenplanausweisung	Produkt
05.44/11	Fachkraft nach KiBiz	S 6	06-01-01
05.44/12	Ergänzungskraft nach KiBiz	S 3	06-01-01

Sowie Berücksichtigung einer weiteren Stelle für ein/e Berufspraktikanten/in, angegliedert an die Kita „Alter Bahnhof“ (05.44).

4. Absenken einer Stelle

Fachbereich Kinder, Jugend und Schule

Arbeitsplatz-nummer	Bezeichnung	derzeitige Stellenplanausweisung	künftige Stellenplanausweisung	Produkt
05/2	Sachbearbeiter/in	A 13 h.D.	A 11	06-03-02 (primär)

5. Anhebung von 3 Stellen

Fachbereich Gebäudemanagement; 4.09.20/1 Fachdienst Immobilienverwaltung

Arbeitsplatz-nummer	Bezeichnung	derzeitige Stellenplanausweisung	künftige Stellenplanausweisung	Produkt
09.20/1	Fachdienstleiter/in	EG 10	EG 11	01-12-03

Fachbereich Kinder, Jugend und Schule; 3.05.40 Kindertagesbetreuung (ab 01.01.2015, finanziert durch Landesmittel)

Arbeitsplatz-nummer	Bisheriger Stellenbezeichnung und Stellenplanausweisung	künftige Stellenbezeichnung und Stellenplanausweisung / Produkt
05.41/12	Sprachförderkraft (S 6)	Sprachförderkraft mit besonderen Aufgaben (S 8); Produkt 06-01-01
05.47/17	Sprachförderkraft (S 6)	Sprachförderkraft mit besonderen Aufgaben (S 8); Produkt 06-01-01

6. Anhebung und Stundenreduzierung einer Stelle ab 01.05.2015

Fachbereich Soziales und Wohnen; 3.04.30 Fachdienst Sonstige soziale Aufgaben

Arbeitsplatznummer	Bezeichnung	derzeitige Stellenausweisung	künftige Stellenausweisung	Produkt
04.30/9	Sachbearbeiter/in	A 9 m.D. (Vollzeit)	A 10 (20,5 Stunden)	05-03-01

7. Stundenreduzierung bei 3 Stellen

Fachbereich Kinder, Jugend und Schule; 3.05.50 Erziehungsberatungsstelle

Arbeitsplatznummer	Bezeichnung	derzeitige Stellenausweisung	künftige Stellenausweisung	Produkt
05.50/4	Schreibkraft	EG 5 (Vollzeit)	EG 5 (30 Stunden)	06-03-04
05.50/8	Schreibkraft	EG 6 (Vollzeit)	EG 6 (30 Stunden)	06-03-04

Fachbereich Kinder, Jugend und Schule; 3.05.20 Fachdienst Verwaltung der Jugendhilfe und Jugendarbeit

Arbeitsplatznummer	Bezeichnung	derzeitige Stellenausweisung	künftige Stellenausweisung	Produkt
05.20/2	Mitarbeiter/in	EG 5 (Vollzeit)	EG 5 (19,5 Stunden)	06-02-01 (primär)

einstimmig

7		Anträge der Fraktionen	
----------	--	-------------------------------	--

7.1.1	14/0366	Einrichtung von WLAN-Hotspots in den Stadtteilen Sankt Augustins Fraktion Aufbruch	IuK Bericht bis 15.01.2015
--------------	----------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------

Zunächst verwies Herr van Grinsven auf das Ergebnis der Untersuchung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Juli dieses Jahres, wonach es für weitere Unternehmen nicht wirtschaftlich sei, Hotspots einzurichten.

Sollte die Stadt selbst als Betreiber auftreten, so müsste sie aus Haftungsgründen dies einem gewerblichen Dienst-Anbieter übertragen und dies dann entsprechend bezahlen. Die Höhe dieser Zahlung hängt von der Frequentierung des jeweiligen Hotspots ab.

Herr Knülle teilte daraufhin mit, dass dies dann, wenn die eigenen Stadtwerke realisiert worden sind, weiter verfolgt werden kann.

Herr Köhler vertrat die Auffassung, dass hier nun kreative Lösungen gesucht werden müssten, denn dieser Antrag ziele nicht daraufhin, dass die Stadt selbst als Betreiber auftreten soll. Auch sollen die Stadtteile nicht außen vorgelassen werden, wenn es nach Vollendung des Umbaus HUMA-Park gelingen sollte, hier im Zentrum einen entspre-

chenden Hotspot zu installieren, damit gerade die kleineren Stadtteile nicht vernachlässigt werden.

Herr Schell begrüßte grundsätzlich diese Idee. Bezogen auf die Stadtteile schlug er vor, dass die Stadt bzw. die Wirtschaftsförderungsgesellschaft sich mit dem Werbekreis Hangelar in Verbindung setzen sollte, um die Idee der Einrichtung eines Hotspots zu erörtern, auch in Hinblick auf die Finanzierung.

Herr Kammel vertrat die Auffassung, da dies eine freiwillige Leistung der Stadt sei, könnte dies aufgrund der bekannten Haushaltslage nicht durch die Stadt finanziert werden, so dass auf jeden Fall ein gewerblicher Anbieter gesucht werden müsste. Weiter schloss er sich den Ausführungen von Herrn Schell bezüglich der Kontaktaufnahme mit dem Werbekreis Hangelar an.

Herr Waldästl führte aus, dass, obwohl es aus seiner Sicht wohl zu keinen neuen Erkenntnisse bezüglich Machbarkeit zum heutigen Zeitpunkt führen werde, entsprechende Gespräche mit den Geschäftsleuten im Bereich Alte Heerstraße, im Bereich Niederpleis, im Bereich Burgstraße und dem Werbekreis Hangelar geführt werden sollten.

In seinen Ausführungen schlug Herr Metz u.a. vor, auch diesbezüglich einmal mit den Verkehrsbetrieben in der Region entsprechende Gespräche aufzunehmen.

Der Bürgermeister erklärte daraufhin, dass die Verwaltung weiterhin in dieser Angelegenheit tätig sein werde. Trotz dieser Aussage herrschte Einvernehmen im Ausschuss darüber, über diesen Prüfauftrag abzustimmen.

Dann fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, auf welchem Wege, ggf. mit welchen Partnern und mit welchen Kosten betreffend Ersteinrichtung, Betrieb und Unterhaltung zentrale Bereiche der Stadtteile der Stadt Sankt Augustin mit zeitlich beschränkt oder unbeschränkt kostenfrei zugänglichen WLAN-Hotspots auszustatten sind.

einstimmig

7.1.2	14/0367	Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Sankt Augustin	FB 1
		Fraktion Aufbruch!	

Herr Lübken führte hierzu aus, dass die Verwaltung hier tätig werde, um das Thema komplexer für die Fraktionen aufzubereiten. Nach den dann erfolgten Rückmeldungen aus den Fraktionen könnte ggfls. ein entsprechender Vorschlag seitens der Verwaltung unterbreitet werden, wie diesem Anliegen Rechnung getragen werden könnte.

Herr Metz teilte mit, dass seine Fraktion gleichwohl zustimmen werde, obwohl eine große Skepsis besteht, ob eine derartige Regelung überhaupt rechtens sei.

Herr Knülle teilte daraufhin mit, dass seine Fraktion nur zustimmen werde, aufgrund der Aussage von Herrn Lübken dies zu überprüfen. Ansonsten hätte seine Fraktion diesen Prüfauftrag abgelehnt.

Kerr Kammel teilte mit, dass seine Fraktion diesen Antrag ablehnen und somit mit Nein stimmen werde.

Dann fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob der § 15 der Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Sankt Augustin dahingehend erweitert und spezifiziert werden kann, dass darin ein Verbot für die Benutzung von technischen Geräten ausgesprochen wird, die nicht schallgedämpft sind bzw. bestimmte Lärmpegel überschreiten.

mehrheitlich ja

7.1.3	14/0355	Nachnutzung der Medienzentrale als Medienstandort	WFG
		CDU-Fraktion	

Zunächst begründete Herr Lienesch den Antrag der CDU-Fraktion.

Der Bürgermeister teilte daraufhin mit, dass der Stadt mitgeteilt worden sei, dass aufgrund dieser Ausschreibung mehrere Angebote BImA vorliegen würden. Diese würde nun seitens der BImA geprüft. Die Stadt werde dann zu gegebener Zeit unterrichtet werden. Gleichzeitig habe er als Bürgermeister die BImA angeschrieben, ob dieses Gebäude nicht teilweise auch für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden könnte. Ferner teilte der Bürgermeister mit, dass die technische Ausstattung größten Teils bereits verkauft worden sei, so dass eine Vermarktung wie die Stadt sie sich gewünscht habe, wohl nicht mehr zu realisieren sei.

Der Bürgermeister schlug vor, dass die Verwaltung, sobald eine Benachrichtigung seitens der BIMA vorliege, unaufgefordert auf diese Angelegenheit zurückkommen werde.

Herr Schell zog aufgrund dieser Aussage den Antrag zurück und begrüßte gleichzeitig die Initiative des Bürgermeisters bezüglich der Anfrage zwecks Unterbringung von Flüchtlingen.

8		Anfragen und Mitteilungen	
----------	--	----------------------------------	--

8.1		Anfragen	
------------	--	-----------------	--

8.1.1	14/0274	Entwicklung der Insolvenzen in Sankt Augustin SPD-Fraktion	WBF, FB 2
--------------	----------------	-----------------------------------------------------------------------------	------------------

Die schriftliche Beantwortung wird nachgereicht.

8.1.2	14/0316	Entwicklung der Rückstellung im Bereich Urlaub- und Arbeitszeitguthaben SPD-Fraktion	FB 0, FB 2, SD
--------------	----------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------

Die Anfrage wurde mit Schreiben vom 14.11.2014 beantwortet.

8.2		Mitteilungen	
------------	--	---------------------	--

Es erfolgten keine Mitteilungen.

Ende öffentlicher Teil